

# Der sozialstaatliche Angriff auf die bürgerliche Freiheit

von  
Carlos A. Gebauer

Mitschrift eines Vortrags am 9. Mai 2009 in der Alten Oper Erfurt

Meine Damen und Herren,

zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrer Veranstaltung nach Erfurt. Maria Steuer, auf die meine Einladung zurückgeht, hat mich mit dem, was sie tut, sehr beeindruckt. Deswegen bin ich sehr gerne nach Erfurt gekommen, obwohl „*die Familie*“ nicht das ist, was mich in der Theorie als großes Oberthema beschäftigt. Mich beschäftigen mehr die bürgerliche Freiheit und der Sozialstaat. Denn es ist der sozialstaatliche Angriff auf diese Freiheit, den wir in unserem Land mit Sorge verfolgen müssen. Ich will versuchen, all dies in 30 Minuten darzustellen.

Meine These ist, dass die bürgerliche Freiheit in Deutschland inzwischen nicht mehr nur verteidigt werden muß, sondern dass die Freiheit zurückerobert werden muß. Denn im Jahre 1989 (und insofern ist Erfurt hier heute ein großartiger Platz, um sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen) hat nicht „*der Westen über den Osten gesiegt*“ oder „*der Kapitalismus über den Sozialismus*“, sondern - wie Gerd Habermann unnachahmlich schön gesagt hat - 1989 ist der Westen einfach übrig geblieben, nachdem der Ostblock zusammengebrochen war. Das hat gewisse Ursachen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

Eine intellektuelle Debatte über die Ursachen dieses Kollapses im Osten hat in den 20 Jahren nach dem Ende der DDR in Deutschland nicht stattgefunden. Niemand hat sich bislang ernsthaft damit auseinandergesetzt. Hätten wir diese Debatte geführt – und ich versuche immer, dies anzustoßen –, dann hätten wir eines festgestellt: Es gibt erschreckend deutliche Parallelen zwischen dem System Bundesrepublik Deutschland auf der einen und dem System Deutsche Demokratische Republik auf der anderen Seite.

Viele Menschen in Deutschland wissen überhaupt nicht, was in unseren Sozialgesetzbüchern steht. Wir haben nämlich nicht nur ein einzelnes, einziges SGB. Wenn der Deutsche etwas macht, dann macht er es richtig; wir haben inzwischen schon ganze zwölf Sozialgesetzbücher! Wenn Sie darin lesen – § 1 Absatz 1 Satz 1 des Ersten Sozialgesetzbuches zum Beispiel, als der gleichsam höchsten Sonne, die über allem Sozialrecht strahlt – dann lesen Sie dort: Dieses Sozialgesetzbuch dient der Herstellung „*sozialer Gerechtigkeit*“. Und damit ist § 1 Absatz 1, Satz 1 SGB I geradezu identisch mit der Präambel der DDR Verfassung vom 7. Oktober 1949. Denn auch dort stand: Sinn der Deutschen Demokratischen Republik ist die Herstellung „*sozialer Gerechtigkeit*“.

Ich selber bin inzwischen seit ziemlich genau 25 Jahren unterwegs, um herauszufinden: Was ist eigentlich „soziale Gerechtigkeit“? Ich habe noch niemanden gefunden, der es mir sagen konnte. Und die begriffliche Analyse zeigt, es muss irgendetwas sein, was weniger ist als Gerechtigkeit. Denn die Gruppe der „blauen Elefanten“ ist erkennbar kleiner als die Gruppe „Elefanten“. Denn nur die speziellen, adjektivisch eingegrenzten blauen Elefanten sind ja dort bezeichnet, wo wir von blauen Elefanten reden. Ebenso steht es dort, wo wir nicht von Gerechtigkeit, sondern nur von adjektivisch eingegrenzter sozialer Gerechtigkeit sprechen. Und dieses Weniger gegenüber Gerechtigkeit – um die es mir als Jurist immer geht – dieses Weniger hat eine Ursache. Dieses Weniger als Gerechtigkeit ist die Gängelung unserer Mitbürger durch den Willen fremder Menschen, durch einen Willen also, der uns von Fremden aufgezwungen wird. Ich möchte versuchen, Ihnen diesen Gedanken anhand einer gewissen Empirie nahezubringen.

Wenn Sie mit Menschen reden – auf der Straße oder im Freundeskreis –, dann leben heute viele in Deutschland in der Vorstellung: „Das hier ist ein freies Land“. Ich kann machen, was ich will. Ich kann doch „oben ohne“ herumlaufen; insbesondere als Mann. Aber ich muss Sie warnen: Wenn Sie Ihre Lebensumstände etwas genauer und eingehender betrachten, dann kommen Sie schnell zu sehr, sehr unangenehmeren Feststellungen.

Stellen Sie sich vor, Sie werden morgens wach und der Radiowecker hat Sie geweckt. Was weckt Sie da? Es weckt Sie öffentlich-rechtlicher Rundfunk. Und dieser öffentlich-rechtliche Rundfunk wird staatlich kontrolliert. Wir haben dort Anstalten des öffentlichen Rechtes. Mit Rundfunkräten. Wie ich immer sage: Mit Expertenkommissionen, die sich um einen guten Informationsfluss in öffentlich-rechtlichen Rundfunksystemen zu kümmern haben. „Expertenausschuss“. Gerade Sie hier in Erfurt kennen das russische Wort für Expertenkommission. Meine Westfreunde wissen es selten. Das russische Wort für Expertenkommission ist „Sowjet“. Und diese Rundfunk-Räte entscheiden darüber, was gesendet wird oder was nicht gesendet wird.

Wenn Ihr Radiosender Sie also morgens geweckt hat und Sie steigen anschließend in Ihr Auto, dann ist Ihr Auto zugelassen nach den Regelungen der Straßenverkehrszulassungsordnung. Öffentlich-rechtliche Normen bestimmen das. Sie fahren dann über die Straße nach der Straßenverkehrsordnung. Und wenn Sie etwas falsch machen, dann ermahnt Sie niemand freundlich-freundschaftlich, sondern Sie werden mit einem staatlichen Bußgeld belegt. Öffentlich-rechtlich, hoheitsrechtlich.

Und obwohl Ihr Auto bereits nach den strengen Vorschriften der Straßenverkehrszulassungsordnung gebaut ist, interessiert sich der Staat ganz besonders zusätzlich für Ihren Auspuff. Machen Sie nicht jedes Jahr eine Abgassonderuntersuchung, die ASU? Und obwohl Sie die machen und das Auto richtig gebaut ist, müssen Sie sich zusätzlich noch weitere Aufkleber beschaffen, um in Innenstädte fahren zu dürfen. Wenn Sie das nicht tun, dann bekommen Sie wieder ein Bußgeld.

Wir sind also eingeschnürt in eine Vielzahl von öffentlich-rechtlichen Vorschriften. Ich komme gleich noch zu weiteren Vorschriften, um Ihnen das anhand Ihres eigenen Lebens noch plastischer zu machen.

Ein Afrikaner, der in Duisburg studierte, wurde kürzlich interviewt. Man fragte ihn - weil er immer wieder nach Afrika fährt, wo er dann in einer Dschungelgegend wohnt -, ob es nicht furchtbar anstrengend wäre, dort zu sein, denn im Dschungel drohten doch ständig Gefahren. Daraufhin lächelte dieser Student und sagte: Hier leben wir doch auch in einem Dschungel. In Afrika muss ich schauen, ob ich nicht auf eine Schlange trete oder ob eine Spinne vom Baum herunterkommt. Hier aber muss ich aufpassen, ob keine Politesse in der Nähe steht. Auch das ist ein Dschungel, ein staatlicher Dschungel, kein natürlicher Dschungel.

Wenn Sie nun mit der Straßenbahn in diesem staatlichen Dschungel zur Arbeit fahren, statt mit Ihrem Auto, dann ist das in der Regel eine Straßenbahn, die den Städtischen Verkehrsbetrieben gehört. Und das ist wieder eine öffentliche Straßenbahn. Wenn Sie mit der „*Deutschen Bahn*“ fahren, mit Herrn Mehdorn (oder wie immer sein Nachfolger heißen mag), dann gehört die wem? Der Bundesrepublik Deutschland. Wenn Sie mit einem Bus fahren von den öffentlichen Verkehrsbetrieben, dann ist auch das politisch gesteuert. Und wenn Sie mit dem Flugzeug fliegen, mit der Lufthansa, dann gehört auch die der Bundesrepublik Deutschland.

Mehr noch: Wenn Sie einen Flughafen betreten, dann heißt es zwar, daß er von einer „*GmbH*“ betrieben werde. Aber wer sind die Gesellschafter dieser Gesellschaft mit beschränkter Haftung? Es sind zum Beispiel in Düsseldorf das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Düsseldorf.

Neulich hatte ich die Freude, an einer Veranstaltung in einem Kursaal teilzunehmen. Die Direktorin dieses Kursaales sagte, sie habe drei Gesellschafter: Das Land, den Kreis und die Stadt. Staatliches Eigentum also, nichts Privates mehr. Das ist großes staatliches Kino, oder?

Schließlich sitzen Sie in Ihrem Büro und der Staat interessiert sich dort für Ihren Arbeitsplatz; für die Strahlungssicherheit ihrer Bildschirme beispielsweise, an denen Sie sitzen, ist sehr bedeutsam. Arbeitsschutzrechtliche Vorschriften regeln das. Es gibt aus dem Jahre 1968 sogar ein Gesetz, das Arbeitgeber verpflichtet, wenn sie in der Zeit zwischen Oktober bis Ende März Arbeitnehmer im Außenbereich beschäftigen, daß sie ihnen Handschuhe, Schal und Mütze zur Verfügung stellen müssen. Wenn sie das nicht tun, machen sie sich strafbar. Immer mehr Bereiche unseres Lebens werden zum Gesetz und immer mehr Alltag wird damit verrechtlicht.

Kommen wir zu den Steuerlasten. Wenn Sie arbeiten, haben Sie Steuern zu bezahlen. Und Sie haben nicht wenig Steuern zu bezahlen. Das ganze Steuersystem hat sich zunehmend intensiviert. Sie werden immer genauer beobachtet, in dem, was Sie tun. Allein die Tatsache, dass Sie seit dem Jahr 2004 ihre Rechnungen durchnummerieren und in einem Ordner chronologisch abheften müssen, ist ein staatlicher Überwachungs- und Misstrauensbeweis. Wir müssen sogar unsere Steuernummer, die früher

geheim war, auf diesen Rechnungen öffentlich machen, so daß jeder Steuerprüfer jederzeit überprüfen kann mit welcher Steuernummer welche Rechnung wann geschrieben worden ist. Damit nicht genug: Sie müssen auf diesen Rechnungen sogar auch noch festhalten, wem Sie welche Leistung genau erbracht haben und Sie müssen den Leistungszeitraum beschreiben, innerhalb dessen sie etwas getan haben.

Das heißt, uns wird ein immer engeres bürokratisches Korsett angelegt. Jeder, der Rechnungen schreibt, merkt das und weiß das. Sie werden überprüft. Sie werden immer gläserner. Es gibt schlaue Bücher zu dem Thema, dass ein Sozialstaat, der immer genauer in Ihr Leben hineinschaut, natürlich auch Ihre Bürgerrechte, Ihre Datenschutzrechte und Ihre Persönlichkeitsrechte immer weniger ernst nehmen kann und muß. Er muß ja ganz genau wissen, wenn er umverteilen möchte: Wem nimmt er etwas weg? Was ist das für einer? Wem soll er etwas geben? Was ist nun das wieder für einer? Der Staat schaut also ganz genau in Ihr Leben, in Ihre Konten, in Ihre Wohnungen, in Ihre Computer. Der Staat möchte in Ihre Wohnung schauen können, um zu sehen, was dort passiert.

Steuern sind seit jeher ein wahrlich aufregendes Feld. Herr Finanzminister Steinbrück hat sich neulich sinngemäß geäußert, wenn die Schweiz weiterhin ein „Schurkenstaat“ bleibt und eine sogenannte Steueroase (allein der Begriff Steueroase ist für mich immer sehr irritierend, weil ich denke, unter dem Gesichtspunkt der Steuern müßte man ja meinen, daß in Oasen besonders viel davon fließt; aber das ist wieder ein anderes Thema), dann sei das eine Situation, in der man früher die Kavallerie hätte ausrücken lassen. Das ist erkennbar eine staatliche Brutalisierung. Wo wir nämlich auf der einen Seite Kindern verbieten, mit Killerspielen zu spielen, sagen wir auf der anderen Seite, wir überlegen, ob wir die Schweiz mit der Kavallerie angreifen, weil deren Gesetze uns nicht passen. Und das tun wir deswegen, weil unsere eigenen innerdeutschen gesetzlichen Vorschriften im Steuerrecht so elend sind, daß Sie alle am liebsten davor weglaufen möchten. Was für eine Welt.

Aber, es wird noch verrückter: Wir haben bekanntlich staatliches Geld. Ich weiß nicht, ob Sie jemals in Ihrem Leben darüber nachgedacht haben: Wenn Sie etwas bezahlen, bezahlen Sie es mit Geld oder bezahlen Sie mit staatlichen Bezugscheinen?

Bis vor einigen Jahrzehnten stand auch in Deutschland noch auf jeder Banknote, daß dies ein Bezugsschein sei, ein Hinterlegungsschein für eine bestimmte Menge von Gold (oder Silber), ein Berechtigungsschein also, den Sie bei einer Bank gegen etwas Reales eintauschen konnten. Dieser Satz ist dann gestrichen worden. Es steht meines Wissens aktuell nur noch auf den britischen Pfundnoten. Die Queen of England verspricht auf ihren 20-Pfund-Noten Folgendes: „*I promise to pay the bearer on demand the sum of 20 pounds.*“ Das heißt also praktisch, Sie klingeln am Buckingham Palast, Sie bringen eine 20-Pfund-Note mit und Sie sagen zu Queen Elisabeth: „*Sie haben versprochen, mir 20 Pfund zu geben, wenn ich Ihnen diese Banknote präsentiere.*“ Dann sagt die Queen daraufhin: „*Selbstverständlich. Ich halte mich an mein Versprechen.*“ Sie nimmt dann Ihren Schein entgegen und händigt ihn Ihnen dann wieder aus. Damit hat

sie ihr Versprechen erfüllt. Das ist eine lustige Vorstellung. Aber es hat immerhin noch Stil. Unsere britischen Freunde haben Stil.

Lesen Sie, wenn Sie nachher nach Hause kommen, einmal, was auf unseren Euronoten steht. Steht da noch: „*Wer diese Geldnote verfälscht oder nachmacht oder sich verfälschte oder nachgemachte verschafft oder in Umlauf bringt...*“? Sie kennen diesen wunderschönen Satz noch aus alten bundesrepublikanischen Zeiten. Was steht nun auf der Euronote? Hat jemand von Ihnen eine Vorstellung? Ich verrate es Ihnen, damit hier keine Unruhe aufkommt. Auf eine Euronote steht überhaupt nichts mehr. Da steht nur „50“ und „EZB“.

Unsere Sozialversicherungen – mein Lieblingsthema, das mich vielleicht ein paar Minuten wird beschäftigen dürfen – unsere Sozialversicherungen sind nun eine ganz großartige Erfindung. Unsere Sozialversicherung beispielsweise in der Rente: Sie sind als Arbeitnehmer in ein Rentenumlagensystem gebracht, an dem Sie pflichtgemäß teilnehmen müssen. Wenn Sie es nicht tun, dann ist das ein Straftatbestand.

Ich frage mich immer: Wenn Rentensysteme und andere Sozialversicherungssysteme eine so tolle Veranstaltung sind, warum ist es eigentlich strafbar, wenn man nicht daran teilnimmt? Das ist so ähnlich, wie wenn der neue Tom-Cruise-Film kommt und alle sagen: „*Es ist toll, den zu sehen*“; dann müßte es auch eine Straftat sein, ihn nicht zu schauen. Oder? Aber das ist es - bis jetzt - noch nicht.

Sie nehmen also zwangsweise Teil am Rentensystem, an einem reinen Umlagesystem. Und wenn dieses Umlagesystem nicht funktioniert, dann müssen alle 82 Millionen Deutsche niederknien und beten, daß Herr Minister Olaf Scholz eine Unterschrift leistet und sagt: „*Macht Euch keine Sorgen. Ich schütze Euch. Die Renten sind sicher.*“ Haben Sie nicht schon mal den Satz gehört: „*Die Renten sind sicher*“? Das ist ein bisschen so wie mit den Schutzschirmen, die Frau Merkel über den deutschen Banken aufspannt. 500 Milliarden Euro. Macht Euch keine Sorgen. Euer Geld ist sicher.

In der Arbeitslosenversicherung gilt das Dogma, daß Arbeit nicht privatwirtschaftlich vermittelt werden darf. Nur mit äußersten Beschränkungen dürfen Private dort tätig werden, ansonsten sind Arbeitslose auf das Arbeitsamt angewiesen. Ich hatte neulich die Freude, abends beim Herumzappen im Fernsehen Cindy aus Marzahn zu sehen. Und Cindy aus Marzahn hat für meine Begriffe – jedenfalls ließ sich das an der Reaktion des Publikums ablesen (aufgezeichnet wurde in Chemnitz) –, ein sehr realistisches Bild davon gezeichnet, wie es in Ostdeutschland auf einem Arbeitsamt zugeht. Daß man von einer Etage in die andere geschickt wird und Nummern zieht und nicht vorankommt. Das hat wenig mit Service zu tun. Unser Staat kompensiert den dort fehlenden Service allenfalls dadurch, daß er sich umbenennt und sagt: „*Wir sind kein Amt, sondern wir sind eine Agentur.*“ Das hört sich ja schon sehr viel flexibler an.

Sie sind übrigens auch in der Pflegeversicherung in ein System genötigt. Das wiederum hat vielerlei Konsequenzen, da Sie nun nicht mehr selbst

Vorsorge treffen können. Sie müssen am Staatspflegesystem teilnehmen. Sie haben keine Sezessionsmöglichkeiten, keine Möglichkeit auszustei-  
gen.

Und Sie sind verpflichtet, an der gesetzlichen Krankenversicherung teilzu-  
nehmen. Da gibt es tatsächlich Leute in Deutschland (einer von denen hat  
immer eine Fliege an und sitzt im Fernsehen), die propagieren die soge-  
nannte Bürgerversicherung. Wenn wir nochmal zum Buckingham Palast  
gehen, gedanklich, und dort drüben anklopfen und fragen: Wie ist denn  
Euer System? Dann hören Sie, daß es dort ein „NHS“ gibt. Fragen Sie mal  
einen Briten, was er von seinem NHS hält. Und dann machen Sie sich  
bewußt: Die Bürgerversicherung, die Herr Lauterbach fordert, ist das briti-  
sche NHS. Ein allgemein steuerfinanziertes Gesundheitswesen. Was  
heißt das? Es ist letztlich nur ein kleiner qualitativer Sprung aus unserer  
gesetzlichen Krankenversicherung in dieses NHS. Das heißt: Sie sind in  
Deutschland zwangsweise gesetzlich verpflichtet, teilzunehmen am ge-  
setzlichen Krankenversicherungssystem. Sie haben dann auch hier wieder  
keinerlei Chance auszuweichen, selbst für sich zu sorgen.

Sie müssen statt dessen einen bestimmten Betrag einbezahlen. Sie müs-  
sen in Deutschland derzeit 15,5% Ihres Arbeitseinkommens an die gesetz-  
liche Krankenversicherung zwangsabführen. 15,5% hört sich an wie eine  
trockene Zahl, es sind aber – wenn Sie es umrechnen, um es Ihnen pla-  
stisch zu machen – zwei Monate Ihres Jahres: 54 von 365 Tagen sind  
15,5%.

Sie arbeiten also – jeder von Ihnen – zwei Monate des ganzen Jahres  
ausschließlich für die AOK oder für die Barmer oder für die IKK oder wie  
immer diese Behörden heißen. Das ist recht viel Geld. Was bekommen  
Sie dafür? Sie bekommen dafür keine Leistung, sondern Sie bekommen  
ein Leistungsrecht. Eine irgendwie geartete Berechtigung. Das Bundesso-  
zialgericht spricht von einem „*ausfüllungsbedürftigen Rahmenrecht*“.

(Ich werde hier übrigens gerade für Ihre ausländischen Gäste Simultan  
übersetzt und wahrscheinlich bin ich alleine schon deswegen ein Verbre-  
cher, daß ich „*ausfüllungsbedürftiges Rahmenrecht*“ sage.)

Sie haben also keinen Anspruch auf eine konkrete Gegenleistung, son-  
dern Ihr Arzt oder Apotheker sagt Ihnen von Quartal zu Quartal je alternie-  
rend, worauf Sie überhaupt noch Anspruch haben. Sie können das mit  
Ihrem Arzt nicht einfach vereinbaren. Es ist vorgegeben von anderen,  
fremden Menschen. Es ist vorgegeben beispielsweise von dem Sozialver-  
sicherungsfachangestellten in der Beratungszentrale Ihrer gesetzlichen  
Krankenversicherung. Der Sozialversicherungsfachangestellte in Ihrer  
Krankenkasse hat aber ein strukturelles Problem. Anders als der Arzt, der  
Sie behandelt, hat er nicht Medizin studiert. Er hat also ein ernsthaftes  
Informationsdefizit. Um das zu kompensieren, lassen sich Krankenkassen  
beraten von Ärzten, die beim „MDK“ arbeiten, beim Medizinischen Dienst  
der Krankenkassen. Weil aber der MDK weniger Mediziner beschäftigt, als  
es Ärzte in der freien Wildbahn gibt (in der mehr oder weniger freien Wild-  
bahn), deswegen braucht auch der MDK Schützenhilfe. Die bekommt er  
zum Beispiel von einer weiteren Institution, die sehr „*vor die Klammer ge-*

zogen“, also auf sehr hohem, abstraktem Niveau arbeitet; das ist der „Gemeinsame Bundesausschuß“.

Der Gemeinsame Bundesausschuß aus Krankenkassen und sogenannten Leistungserbringern definiert, welchen Anspruch auf Medizin Sie haben. Und welchen Anspruch auf Medikamente Sie haben. Und welchen Anspruch auf Pflege im Krankenhaus Sie haben.

Der gemeinsame Bundesausschuß ist eine Expertenkommission. Eine Expertenkommission. Und diese Expertenkommission hat irgendwann gemerkt: Wir sind überhaupt nicht in der Lage, all diese Arbeit zu leisten, die da anfällt. Und deswegen hat dieser Ausschuß sich weiterer Hilfe bedient. Er hat das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Medizin gegründet. Und die wiederum haben gemerkt, daß öffentliches Recht eine sehr inflexible Materie ist. Dann hat man eine Stiftung des Privatrechtes gegründet – an der praktischerweise auch gleich ein paar Mitglieder des gemeinsamen Bundesausschusses beteiligt sind... – und die können dann externe Sachverständige beauftragen. Stellen Sie sich nun diesen Verwaltungsgang vor.

Ich habe aktuell einen Mandanten, der hat ein Hirntumor mit einer Lebenserwartung von noch fünf Monaten. Mir ist von der Krankenkasse gesagt worden, die einzige Therapie, die hilft (nach der Erkenntnis seines wahrhaft spezialisierten Arztes), die gehöre leider nicht zu den Medikamenten und zu den Therapien, die auf der Liste des Möglichen stehen. Aber ich könne ja Widerspruch eingelegen. Der Widerspruchsbescheid wird wahrscheinlich am 26. Juni ergehen, zu einem Zeitpunkt, wo mein Mandant – nach allgemeinen Statistiken – nicht mehr leben wird.

15,5% Ihres Jahreseinkommens dafür, daß ein Kassenarzt pro Quartal im Schnitt derzeit weniger als € 20,-- pro Quartal pro Patient erhält, als „Regelleistungsvergütung“. Geht da nicht irgendetwas massiv schief?

Müssen wir uns Freiheiten zurückerobern? Ich denke schon. Karl Lauterbach, der Mann mit der Fliege, hat eine Lösung für die sogenannte „Zweiklassenmedizin“, die er moniert. Er sagt, es gebe einerseits schlecht versicherte gesetzliche Krankenversicherte und es gebe andererseits gut versicherte Privatpatienten, zwei Kategorien also, zwei Klassen. Kann man es vor diesem Hintergrund als etwas anders als eine Realsatire auffassen, wenn dieser Mann nun ernsthaft herumläuft und sagt, die Lösung liege darin, alle gemeinsam zu gesetzlich Krankenversicherten – also zu Versicherten „zweiter Klasse“ zu machen? Das ist doch schlicht grotesk!

Wenn ein Arzt versucht, dieser Situation zu entkommen, hat er schnell ein steuerliches Problem. Es gibt eine sogenannte Wegzugsteuer. Die bloße Tatsache, daß jemand als Unternehmer einen Betrieb in Deutschland hat (oder nur dessen Mehrheitsantileigener ist) und seinen Wohnsitz privat aus der EU heraus verlegt, zum Beispiel in die Schweiz, führt dazu, daß ihm fiktiv angerechnet wird, er hätte seinen Laden verkauft. Dann bekommt einen Steuerbescheid, als hätte er veräußert – obwohl er tatsächlich nicht veräußert hat – und als hätte er den Gewinn vereinnahmt, ob-

wohl er ihn tatsächlich gar nicht vereinnahmt hat. Das ist kein Witz; das ist ernst und ein wirkliches Problem.

Ein Schweizer soll neulich einmal sinngemäß gesagt haben: *„Ihr Deutschen habt geglaubt, Eure Mauer sei gefallen. Ihr habt Euch aber gleich eine neue errichtet, diesmal nicht aus Steinen, sondern eine neue Mauer aus Gesetzen.“*

Inzwischen passiert Folgendes: Wenn Ärzte gezwungen sind, das Land zu verlassen, um wenigstens am Wochenende zusätzlich Geld zu verdienen und dabei geht etwas schief, dann passieren natürlich immer auch einmal tragische Unfälle, wie immer furchtbare Dinge auf dieser Welt passieren. Die aber werden von der Presse inzwischen zum Prinzip erhoben.

Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (erscheinend bekanntlich im westdeutschen Essen) schreibt in einem Kommentar diese Woche, am Mittwoch, unter der Überschrift: *„Hiergeblieben, Herr Doktor“* über einen deutschen Arzt. Der hatte einen Patienten in England deswegen behandelt, weil das dortige NHS, die staatliche Bürgerversicherung Großbritanniens, inzwischen ohne Hilfe ausländischer Ärzte gar nicht mehr funktioniert. Dabei hatte er einen Fehler gemacht und der Patient war gestorben.

Nun kommt hierzu die zynische Frage der WAZ: *„Warum machen das die deutschen Ärzte? Bekommen Sie den Hals nicht voll? Oder brauchen sie den Zweitjob, weil sie pleite sind?“* Schließlich kommt die absolute Krönung dieses Kommentars: Wie auch immer, also egal ob *„ich krieg den Hals nicht voll“* oder ob *„ich bin pleite“*, wie auch immer: *„Man sollte es ihnen verbieten!“* Ich glaube, gerade hier in Erfurt werden Sie sehr sensibel reagieren darauf, wenn jemand schon wieder sagt, wir wollen einen Mitmenschen verbieten, das Land zu verlassen, oder?

Lassen Sie mich zu meinen abschließenden Worten kommen. Wohin führt es, wenn wir Menschen gängeln und *„soziale Gerechtigkeit“* errichten wollen, unter allen Umständen? Ich habe Ihnen ein Zitat mitgebracht von Herrn Lenin, von dem es immer gerne heißt: Er sei ja nur der milde Philosoph gewesen und von Stalin pervertiert worden. Bei Lenin finden Sie folgenden Satz, mitten in den Hungersnöten der frühen 1920er Jahre: *„Jetzt und nur jetzt, wenn in den Hungergebieten Kannibalismus herrscht und hunderte, wenn nicht tausende von Leichen auf den Straßen liegen, können und müssen deshalb wir die Konfiszierung der Kirchenschätze mit der brutalsten und erbarmungslosesten Energie durchführen und dürfen nicht davor zurückschrecken, jeden Widerstand zu zerschlagen.“* Zitat Ende. So etwas hat Herr Lenin geschrieben. Lenin, das ist die konsequente Umsetzung der Umverteilung, die in Sätzen anfängt wie: *„Wir sollten es ihnen verbieten.“*

Wir müssen unsere Freiheiten zurückerobern!

Mein allerletztes Zitat kommt von Michael Klonovsky, der für den *„Focus“* arbeitet und neulich einen sehr, sehr schlaun Aufsatz geschrieben hat, vor etwa zwei Wochen. Da erzählt er die Geschichte von Achilles, diesem Griechen, Sie erinnern sich. Zu ihm wird ein Botenjunge geschickt, um

den noch schlafenden Achilles zur Schlacht zu holen. Die gegnerischen Heerführer haben vereinbart, das Gefecht nach altem Brauch durch einen Zweikampf der beiden besten Krieger zu entscheiden. (Heute würde man von Nachhaltigkeit sprechen, man spart Ressourcen, nur zwei prügeln sich.)

Der Kämpfer des Feindes sei der gewaltigste Mann, den er je gesehen habe, erzählt der Bote dem sich ankleidenden Achilles. Und der Bote setzt hinzu: „*Ich würde nicht gegen ihn kämpfen wollen.*“ „*Deshalb*“, sagt Achilles, „*wird sich auch niemand an Deinen Namen erinnern.*“

Vielleicht sollten wir also den Kampf gegen die aufnehmen, die Ihnen und mir alle diese Freiheiten nehmen. Weil wir nur auf diese Weise eine Chance haben, daß sich eines Tages jemand an unsere Namen erinnert.

.....

Mehr von Carlos A. Gebauer bei:

[www.make-love-not-law.com](http://www.make-love-not-law.com)

[www.ef-magazin.de](http://www.ef-magazin.de)

[www.familyfair.tv](http://www.familyfair.tv)

Kontakt:

C.A.Gebauer@make-love-not.law.com